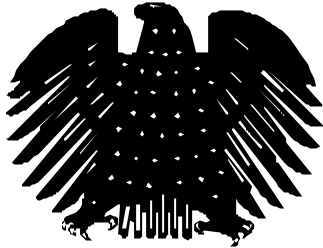


Lothar Mark, MdB Unser Mannemer in Berlin



Newsletter des Bundestagsabgeordneten Lothar Mark

Themen u. a.:

- OB-Wahl
- Rente mit 67
- Postschließung in Schönau
- 100. Kulturspaziergang mit Lothar Mark
- Schwerpunktthema: Mannheim und der ICE
- Philosophische Fakultät der Uni
- Telekom-Standort Mannheim
- Herta Däubler-Gmelin kommt

In dieser Ausgabe:

OB-Wahl: Mannheim ist bei Dr. Peter Kurz in besten Händen	1
Fortsetzung „OB-Wahl...“	2
Zoll muss in Mannheim bleiben!	2
Lothar Mark stimmt gegen Rente mit 67	3
Bahnhof Neckarstadt: Mehdorn reagiert auf Brief von Lothar Mark	3
Fortsetzung „...Rente mit 67“	4
Enttäuschung über Postschließung auf der Schönau	4
100. Kulturspaziergang führte Teilnehmer durch die Mannheimer L-Quadrate	5
Austauschschüler suchen Gastfamilien	5
Modernisierung des Mannheimer ICE-Knotens	6
Hintergrund: Die Mark-Variante	6
Thema „ICE“ zu wichtig für Parteipolitik	7
Nein zur Variante B!	7
Italiens Konsularagentur bleibt in Mannheim	8
Effizienz der Verwaltung wichtiger als Dezernentenzahl	8
Lothar Mark zur geplanten Schließung der Philosophischen Fakultät der Uni	8
Stadt Hasankeyf muss erhalten bleiben!	9
Entscheidung für Verfassungsgebende Versammlung in Ecuador	9
5 Euro pro Handy für den Umweltschutz	10
Telekom-Standort Mannheim sichern	10
Stellenabbau ziviler Dienstposten bei Bundeswehr in Mannheim	10
Zu Gast: Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin	11

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, mit der Wahl des Oberbürgermeisters am 17. Juni 2007 steht eine wichtige Weichenstellung für unsere Stadt unmittelbar bevor. Die SPD macht den Wählerinnen und Wählern mit Bürgermeister Dr. Peter Kurz ein hervorragendes Personalangebot. Natürlich ist die Oberbürgermeisterwahl auch Thema in dieser Ausgabe.

Nach wie vor beschäftigt das Thema „ICE“ und der Bypass Mannheim und die Region. Die Bahn hat noch immer kein Einsehen. Daher finden Sie in diesem Newsletter einen Schwerpunkt zum Thema, der die aktuelle Diskussion, die Hintergründe und meine Position beleuchtet.

Zudem freue ich mich, Ihnen vom 100. Kulturspaziergang, der die Teilnehmer durch die

Mannheimer L-Quadrate führte, berichten zu können.

Auch die Umstrukturierungspläne des Rektorats der Mannheimer Universität sind nach wie vor Gegenstand der öffentlichen Diskussion. Zur geplanten Schließung der Philosophischen Fakultät habe ich in dieser Ausgabe Position bezogen.

Auf Bundesebene stieß in den vergangenen Wochen und Monaten vor allem ein Thema auf großes Interesse: Die sog. Rente mit 67. Was ich hiervon halte und wie ich im Bundestag dazu abgestimmt habe, können Sie in dieser Ausgabe nachlesen.

Ihr

Lothar Mark



OB-Wahl: Mannheim ist bei Dr. Peter Kurz in besten Händen

Neun Jahre, von 1989 bis 1998, bekleidete Lothar Mark das Amt des Dezernenten für Kultur, Schulen, Sport und Bäderwesen der Stadt Mannheim. Nach seinem Einzug in den Deutschen Bundestag wurde Dr. Peter Kurz zu seinem Nachfolger gewählt. Nun kandidiert der erfolgreiche Kulturbürgermeister als Oberbürgermeister für die SPD.

„Dr. Peter Kurz ist für Mannheim ein echter Glücksfall. Er hat bewährte Projekte, die während meiner Zeit als Kultur-, Schul- und Sportbürgermeister begonnen wurden, wie die Kinderakademie, konsequent weiterentwickelt und wegweisende Neuerungen eingeführt. Mannheims Stellung als eine der führenden Kulturmetropolen im Südwesten hat er ausbauen

und weiter festigen können“, so Lothar Mark.

Zu den innovativen Entwicklungen im Bereich der Schulpolitik gehört die Einführung der Public-Private-Partnerships (PPP), durch die zusätzliche Mittel akquiriert werden konnten und zusammen mit den bereits vorgesehenen Mitteln für die

Fortsetzung auf S. 2

Fortsetzung „OB-Wahl...“

Kurz und gut!

www.wir-fuer-peter-kurz.de

Schulpolitik eine Gesamtsumme von 90 Mio. Euro erreicht wurde. „Dieses Projekt zeigt, dass mit Dr. Peter Kurz der Kulturetat nicht nur verwaltet wird, sondern dass er stets nach Wegen sucht, um zusätzliche Mittel einzuwerben“, so Lothar Mark.

Als wegweisend kann auch das Projekt „Wirtschaftsmodell Schule“ betrachtet werden, das Teile der städtischen Ressourcen in der Verantwortlichkeit dezentralisiert den einzelnen Schulen überträgt und diesen damit mehr Eigenverantwortung zuweist. Horst Stotz und Lothar Mark hatten dafür die ersten Weichenstellungen vorgenommen.

„Die Politik von Dr. Kurz orientiert sich stets am Wohl von Familien, Kindern und Jugendlichen. Dies zeigt sich u. a. in seiner Entscheidung, die Schulsozialarbeit trotz ausgelaufener Förderung des Landes auf Kosten der Stadt fortzuführen sowie in der Tatsache, dass Mannheim als einzige Stadt Baden-Württembergs über drei gebundene Ganztagsgrundschulen verfügt.“

Mannheim ist mittlerweile zum



Dr. Peter Kurz und Lothar Mark vor dem Fraktionssaal der SPD im Reichstag

Synonym der erfolgreichen deutschen Popszene geworden. Mit deutschlandweit bekannten Künstlern wie Xavier Naidoo, den Söhnen Mannheims und Laith Al Deen und nicht zuletzt der einzigartigen Popakademie weist Mannheim ein Kompetenzcluster im Bereich der Musikwirtschaft auf.

Lothar Mark: „Leistung soll sich lohnen – diese Forderung ist weit verbreitet. Dr. Peter Kurz hat in den acht Jahren als Kul-

tur-, Schul- und Sportdezernent eine hervorragende Leistung erbracht. Er hat gezeigt, was er bewegen kann und dass er das Zeug zum Oberbürgermeister unserer Stadt hat. Die SPD macht den Bürgerinnen und Bürgern mit Dr. Peter Kurz ein qualifiziertes Personalangebot für den Chefessel im Rathaus und kann daher optimistisch in die Wahl gehen.“

Zoll muss in Mannheim bleiben!



Das Bundesfinanzministerium plant eine Neustrukturierung der Bundeszollverwaltung. Das geht aus einem Schreiben des Ministeriums an Lothar Mark hervor. Mark hatte zuvor das Ministerium um Aufklärung gebeten und für den Erhalt des Standortes Mannheim geworben.

Das Grobkonzept der Bundesregierung sieht vor, die Struktur der Hauptzollämter zu verändern, um Mehrfachkompetenzen zu vermeiden und eine einheitliche Vorgehensweise bei der Aufgabenerledigung sicherzustellen.

Zugleich solle die Verantwortung für operative Aufgaben bei den Hauptzollämtern zusammengeführt werden. Dazu ist bei allen Hauptzollämtern (außer Frankfurt Flughafen, Hamburg-Hafen, Hamburg-

Jonas) die Neueinrichtung eines Sachgebietes „Ahndung“ geplant, die folgende Bereiche umfassen soll:

- Aufgaben des bisherigen Sachgebietes Bußgeld und Strafsachen
- Arbeitsgebiet Ahndung des Sachgebiets Finanzkontrolle Schwarzarbeit sowie
- die von den Oberfinanzdirektionen als Verwaltungsbehörde wahrgenommenen Aufgaben der Ahndung im Bereich des Außenwirtschafts- und Marktordnungsrechts sowie der Überwachung des grenzüberschreitenden Bargeldverkehrs.

Somit betrifft die Umstrukturierung das Hauptzollamt Karlsruhe und damit auch Mannheim.

Innerhalb eines Jahres soll

anhand dieser Leitlinien vom Bundesfinanzministerium ein Feinkonzept erarbeitet werden, das auch endgültige Aussagen über Standorte enthalten wird.

Lothar Mark: „Wir werden die Umstrukturierungspläne des Ministeriums im Deutschen Bundestag genau unter die Lupe nehmen. Die Detailplanung muss gewährleisten, dass die Mannheimer Dienststelle mit ihrem Gebäude erhalten bleibt. Schließlich haben Dr. Konstanze Wegener und ich erst vor wenigen Jahren erreicht, dass die Zentrale Strafsachenstelle der Zollverwaltung, die den nord- und südbadischen Raum sowie Teile von Rheinland-Pfalz und Hessen bearbeitet, in Mannheim angesiedelt wurde.“

Lothar Mark stimmt gegen Rente mit 67

Lothar Mark hat am 09.03.07 gegen die „Rente mit 67“ gestimmt und dazu mit anderen Abgeordneten folgende Erklärung abgegeben:

„Die Anhebung der Altersgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung ist aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Gründen nicht vertretbar. Gegenwärtig sind nur ca. 30 Prozent der 55- bis 64-jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt; über 1,2 Millionen Personen in dieser Altersgruppe sind arbeitslos. Die zuletzt ansteigende Zahl der Erwerbstätigenquote der Älteren ist nicht auf vollwertige Beschäftigungsformen, sondern vor allem auf den Anstieg von Teilzeitarbeit, geringfügiger und anderer prekärer Beschäftigungsformen (z.B. 1-Euro-Jobs) zurückzuführen. Nur ca. ein Fünftel der heutigen Rentenzugänge erfolgt unmittelbar aus einer vollwertigen Erwerbstätigkeit in den Ruhestand. Der weitaus größte Teil kommt aus der Arbeitslosigkeit, der (Alters-)Teilzeit oder aus einer gering-

fügigen Beschäftigung. Die derzeitige und absehbare Beschäftigungssituation der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfüllt somit keineswegs die Voraussetzungen, die für eine Anhebung der Altersgrenzen notwendig wären. Deshalb wird die Anhebung der Altersgrenzen nicht zu einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit führen, sondern die Lücke zwischen Berufsaustritt und Renteneintritt vergrößern.

Aufgrund der völlig unzureichenden beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen wird die Anhebung des Renteneintrittsalters zu einem weiteren Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit führen und das Risiko der Altersarmut erheblich verschärfen. Um die Langzeitarbeitslosigkeit und die damit verbundene höchst unzureichende materielle Absicherung (Hartz IV-Bezug) abzukürzen, werden dann viele Betroffene in die ihnen verbleibende Frühverrentungsmöglichkeit gedrängt und

müssen lebenslange Rentenabschläge von bis zu 14 Prozent in Kauf nehmen. Die Anhebung der Altersgrenzen ist für diesen Personenkreis eine zusätzliche Rentenkürzung und in wachsendem Maß eine Verschärfung der Altersarmut. Es ist sozialpolitisch nicht vertretbar, wenn trotz jahrzehntelanger Beitragszahlung im Alter nur eine Armutsrente erreicht wird.

Aufgrund der Rentenkürzungen der vergangenen Jahre hat die gesetzliche Rentenversicherung schon seit geraumer Zeit erhebliche Vertrauensverluste erfahren. Die Anhebung der Regelaltersgrenze wird die Akzeptanzschäden vor allem bei den Jüngeren noch verstärken. Die Beitragsentlastung von langfristig maximal 0,5 Prozentpunkten steht nämlich in keinem Verhältnis zu den Schäden, die die Rentenversicherung durch die Anhebung der Regelaltersgrenze erleidet.

Fortsetzung auf Seite 4



„Die Anhebung der Altersgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung ist aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Gründen nicht vertretbar“

Bahnhof Neckarstadt: Mehdorn reagiert auf Brief von Lothar Mark

Am 13.03.07 hatte sich Lothar Mark an den Vorstand der Bahn gewandt und den Zustand des Bahnhofs Mannheim-Neckarstadt bemängelt. Insbesondere die Schließung der schrägen Zugänge, die mittlerweile zugewuchert sind, ohne ersichtlichen Grund stieß auf Kritik des Mannheimer Abgeordneten (vgl. „Kritik am Zustand der Bahnhöfe“ im Mannheimer Morgen vom 14.03.07). Mark verlangte damals eine Stellungnahme der Bahn, die nun vorliegt.

Bahnchef Mehdorn räumt darin ein, dass „das derzeitige Erscheinungsbild des Haltepunktes Mannheim-Neckarstadt nicht befriedigend [ist].“ Er verweist allerdings auf zahlreiche Versuche zur Verbesserung der Situation am Bahnhof, die alle durch Vandalismus zunichte gemacht worden sei-

en. Neckarstadt gehöre zu den Bahnhöfen mit den höchsten Schäden durch Vandalismus im ganzen Land. „Hier sind wir alle zu mehr Zivilcourage gefordert. Wir müssen uns stärker ins Bewusstsein rufen, dass Vandalismus uns schließlich alle schädigt“ so Lothar Mark.

Mehdorn führt weiter aus, dass der Bahnhof beim Neubau im Jahr 1985 für wesentlich mehr als die jetzigen ca. 90 Passagiere pro Tag angelegt worden sei. Allerdings habe eine ständige Vermüllung der Bahnhofsrampen und die geringe Auslastung zur baulichen Verkleinerung des Haltepunktes geführt. Bereits Anfang März hatte Lothar Mark darauf hingewiesen, dass die geringe Nutzung der kleinen Bahnhöfe durch die Bevölkerung die Existenz der Stationen gefährde. Die Ausführungen Mehdorns

bestätigen dies.

Gleichzeitig bat der Bahnchef Lothar Mark um Unterstützung bei der Verbesserung der Situation an den Bahnhöfen Waldhof und Handelshafen. Lothar Mark: „Die Mannheimer wissen, dass ich mich seit Jahren für den Erhalt von Bahnstrecken, Bahnhöfen und schließlich auch für den ICE stark mache. Das habe ich mit dem Brief an Hartmut Mehdorn getan und werde ich natürlich auch in Zukunft weiterverfolgen.“



Fortsetzung „...Rente mit 67“

Fortsetzung von Seite 3

Eine Anhebung der Regelaltersgrenze ist unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten nur dann vertretbar, wenn der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten auf dem ersten Arbeitsmarkt im Jahr 2010 in der Altersgruppe der 55-65-jährigen im Jahresdurchschnitt 50 v. H. übersteigt. Die im vorliegenden Gesetzesentwurf enthaltene Bestandsprüfungsklausel, wonach in Begleitung der geplanten Anhebung der Altersgrenzen im Jahr 2010 über die Entwicklung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer berichtet werden soll, ist unverbindlich und sieht keinerlei Konsequenzen bei einer negativen Arbeitsmarktentwicklung vor. Zudem mangelt es jetzt schon an einer überzeugenden Regelung des flexiblen Übergangs von der Erwerbsarbeit in den Altersruhestand, der vor allem für die Beschäftigten mit schweren körperlichen oder psychischen Belastungen einen geordneten und auch materiell gesicherten Wechsel von der Erwerbsarbeit in die Rente sicherstellt. Ohne entsprechende Gleitregelungen werden die vorhandenen Probleme bei

einer Anhebung der Regelaltersgrenze noch verschärft. Bestandteile einer neuzuschaffenden Altersgleitzeit sind:

- die Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) bleibt ohne Befristung erhalten, sofern auf die frei werdende Stelle ein besonders schwer vermittelbarer Arbeitsloser eingestellt oder ein/e Auszubildende/r in ein Arbeitsverhältnis übernommen wird;
- in das Altersteilzeitgesetz werden zusätzliche Möglichkeiten aufgenommen, einen gleitenden Übergang in den Ruhestand zu fördern. Dazu wird die Möglichkeit geschaffen, innerhalb eines sechsjährigen Förderplans die Arbeitszeit zu reduzieren. Eine Absenkung auf 50 Prozent, wie bei der Altersteilzeit, ist nicht erforderlich. Die BA fördert die Aufstockungsbeträge des Arbeitgebers. Eine komplette Freistellung ist höchstens für ein Jahr möglich. Zudem müssten die Hinzuverdienstgrenzen bei der Inanspruchnahme einer Teilrente großzügiger ausgestaltet werden. Ziel ist die Beibehaltung des vorherigen

Nettoeinkommens bei Inanspruchnahme einer Teilrente; mit dieser ergänzenden Regelung für den gleitenden Übergang in den Ruhestand sollen insbesondere Beschäftigte in den klein- und mittelständischen Betrieben gefördert werden;

- es bedarf einer Neuordnung der Erwerbsminderungsrenten. Vor allem Beschäftigten in besonderen belastenden Berufen ist der Zugang in eine Erwerbsminderungsrente zu erleichtern. Dabei ist sicherzustellen, dass der durch eine Erwerbsminderung bedingte Austritt aus dem Erwerbsleben Altersarmut vermeidet.

Ohne die Perspektive eines nachvollziehbaren und materiell auskömmlichen Übergangs von der Erwerbsarbeit in die Rente, werden die vorhandenen Ängste und Unsicherheiten bei vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nur noch verstärkt. Eine Neuordnung des Rentenzugangs aus einem Guss, in der die flexiblen Gleitmöglichkeiten gleichrangig neben andere Regelungen treten, ist auch zeitlich möglich, da ein akuter Zeitdruck nicht ersichtlich ist.“

„Ohne die Perspektive eines [...] auskömmlichen Übergangs von der Erwerbsarbeit in die Rente, werden die vorhandenen Ängste und Unsicherheiten bei vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nur noch verstärkt“

Enttäuschung über Postschließung auf der Schönau



Allen Protesten zum Trotz hat die Post ihre Filiale in Mannheim-Schönau geschlossen. Die Verträge der Mitarbeiterinnen wurden aufgelöst. Als die Pläne der Post vor einigen Wochen bekannt wurden, hat der SPD-Ortsverein Schönau rund 2000 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern gesammelt. Lothar Mark hat diese Bundesfinanzminister Peer Steinbrück übergeben und beim Minister für den Erhalt der Filiale geworben.

„Gemeinsam mit vielen Helfern haben wir tagelang Unterschriften gesammelt, die Öffentlichkeit informiert und mit Unterstützung von Lothar Mark auch auf Bundesebene gegen die Postschließung gekämpft. Deshalb sind wir jetzt natürlich ent-

täuscht, dass die Post ihre Pläne ohne Rücksicht auf die Schönau durchgezogen hat“, so die Vorsitzende des SPD-Ortsvereins und Stadträtin Andrea Safferling.

Am Tag der Schließung war SPD-Bezirksbeiratssprecher Stefan Höß vor Ort, um mit den Mitarbeiterinnen der Postfiliale, die nun ebenfalls in eine ungewisse Zukunft blicken, zu sprechen. Auch Höß hatte sich im Vorfeld der Schließung für die Filiale stark gemacht und der Post eine Resolution des SPD-Ortsvereins übergeben.

„Der Vorwurf der Beliebigkeit gegenüber den politisch Verantwortlichen in Mannheim ist falsch und beruht auf Unkennt-

nis. Es ist gerade nicht so, dass diejenigen, die für die Postprivatisierung waren nun gegen die Schließung kämpfen: Wir sind froh, dass Lothar Mark zu den Gegnern der Postprivatisierung gehörte und sich auch gegen die Privatisierung der Deutschen Bahn ausspricht“, so Stadträtin Andrea Safferling.

Lothar Mark warnt: „Was wir heute bei der Post erleben, das wird sich bei Bahnhöfen und Gleisanlagen wiederholen, wenn die Deutsche Bahn nur noch der Logik der Börse unterliegt.“

100. Kulturspaziergang führte Teilnehmer durch die Mannheimer L-Quadrate

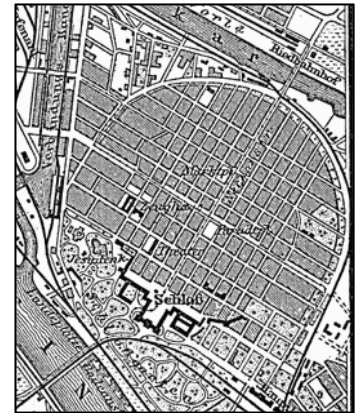
In diesem Jahr setzte Lothar Mark seine beliebten Kulturspaziergänge fort und führte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch die in hohem Maße interessanten L-Quadrate Mannheims. Unterstützt wurde er dabei von Tanja Vogel von den Reiss-Engelhorn-Museen.

Einst zum Teil Terrain der ehemaligen Festungsanlagen sowie kurfürstliche Baumschulgärten entstand ab den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts östlich des Schlosses ein so genanntes Millionenviertel. Links und rechts der Bismarckstraße zählte man die L-Quadrate. In L 5 lassen sich heute noch die namhaften großbürgerlichen Bewohner und deren großzügige imponierende Villen am Besten nachvollziehen. Hier lebten unter anderem die Familien Vögele und Giuliani, der Bankier Goldmann oder auch der Zigarrenfabrikant Emil Mayer. Deswegen Villa trug die Hausnummer

L 5, 1. Durch den Keller gelangt man heute in die Kasematten, den Inneren Bereich der ehemaligen Festungsanlagen, die durch Bernd Fillafer entdeckt wurden, der dort selbst führte. Vorbei an L 7, 6a, wo der Maler Rudi Baerwind lebte, und weiteren großbürgerlichen Villen und Wohnhäusern in L 7, ging es zum Polizeipräsidium in L 6, dem ehemaligen Großherzoglichen Bezirksamt, welches Anfang des 20. Jahrhunderts errichtet wurde, nicht ohne Grund in exponierter Stellung vis à vis des Schlosses.

Martin Boll, Pressesprecher des Polizeipräsidiiums, führte durch die Räumlichkeiten und erzählte zur Geschichte der Polizei und des Gebäudes. Ein Kurzbesuch der Galerie Judith A. Ehrenberg schloss sich an. Die Quadrate L 8 und L 10 sind Ausdruck der großzügigen Bauweise herrschaftlicher Wohnhäuser im historisierenden Stil

oder auch dem Jugendstil. Doch lässt sich in solch ehemals begüterten Wohnvierteln auch der krasse Gegensatz zwischen den Wohnverhältnissen der reicheren und der ärmeren Bevölkerungsschichten an der Wende zum 20. Jahrhundert nachvollziehen. Ein Besuch der Villa Hecht, welchen Elke Bühler von der Öffentlichkeitsarbeit des Zentralinstituts für Seelische Gesundheit ermöglichte, und Erläuterungen zur Familiengeschichte der ehemaligen Bewohner und dem Schicksal der Helene Hecht, die unter den Nazis in hohem Alter noch deportiert wurde, folgten an der nächsten Station. Ein Blick „nach oben“ lohnt sich in den L-Quadraten häufig, denn dabei lässt sich neben vielem mehr auch das bekannteste Porträt Albrecht Dürers an einer Hausfassade aufgemalt entdecken. Seinen Abschluss fand der Kulturspaziergang in L 10.



Lothar Mark und Judith Ehrenberg erläutern den interessierten Teilnehmern die Ausstellung in der Galerie.

Austauschschüler suchen Gastfamilien

Im September ist es wieder so weit: Über 650 Schülerinnen und Schüler zwischen 15 und 16 Jahren aus aller Welt kommen mit der Jugendaustauschorganisation AFS nach Deutschland. Für diese Jugendlichen werden Gastfamilien gesucht.

Gesucht wird ehrliches Interesse an anderen Menschen, Offenheit gegenüber Neuem sowie die Bereitschaft, einem dieser jungen Menschen ein Zuhause auf Zeit zu geben. Lothar Mark unterstützt die Suche nach Gastfamilien: „Ein

solcher Austausch hinterlässt Eindrücke, die unvergesslich bleiben.“ Darum bittet er Familien aus Mannheim, einen jungen Gast Schüler bei sich aufzunehmen. Weitere Informationen unter www.afs.de oder 0711-8060769-0



Modernisierung des Mannheimer ICE-Knotens



„Der Zeitgewinn der Bypasslösung würde bei nur vier Minuten liegen“

Der Mannheimer Bundestagsabgeordnete Lothar Mark nimmt Stellung zum Ausbau der Gleisanlagen des Mannheimer Hauptbahnhofs: „Als Mitglied des Haushaltsausschusses habe ich immer wieder darauf hingewiesen, dass der Mannheimer Hauptbahnhof ertüchtigt werden muss. Die Deutsche Bahn muss nun entsprechend die Mittel dazu bereitstellen, die ihr letztlich über den Bundeshaushalt hierzu zur Verfügung gestellt werden.“

„Mit der Modernisierung des ICE-Knotens hat die Deutsche Bahn einen wichtigen Schritt für den Bedeutungsausbau des Hauptbahnhofs Mannheim getan und die weitere Ordnung von S-Bahn, Nah- und Fernverkehr, aber auch die direkte Aufnahme der TGV-Verbindung Paris-Mannheim-Frankfurt ermöglicht“, so Lothar Mark weiter.

Er wies in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass durch die Bündelung und Tren-

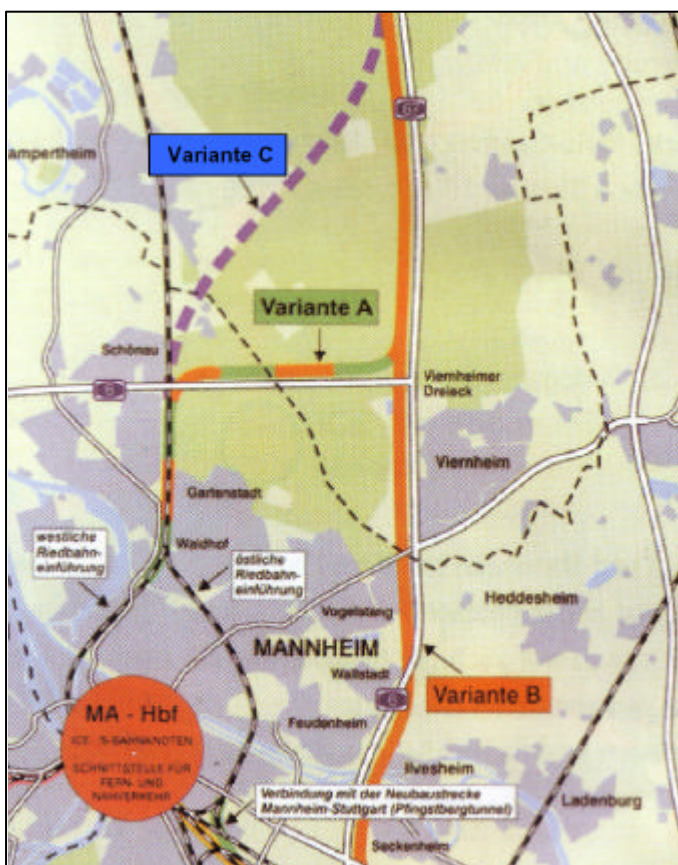
nung von Nah- und Fernverkehr wie auch bei der Ein- und Ausfahrt in den Hauptbahnhof für die Züge keine weiteren zeitlichen Verluste entstehen dürften. Dies sei auch wichtig für die Betrachtung des Streckenbaus der Hochgeschwindigkeitstrasse Frankfurt/ Fernbahnhof zum Mannheimer Hauptbahnhof und die bereits fertigen Strecken Mannheim - Stuttgart.

Lothar Mark: „Die Planungen für die Hochgeschwindigkeitstrasse sollten jetzt von der Deutschen Bahn und den zuständigen Gremien zügig aufgenommen werden, damit die Schließung der Lücken im deutschen und europäischen Hochgeschwindigkeitsnetz baldmöglichst vorgenommen werden kann.“

Dabei wäre laut Mark die vorgeschlagene C-Variante (Schräglinie oder Mark/ ROV-Vorschlag) eindeutig gegenüber dem Vorschlag der Deutschen Bahn zu präferieren, da dieser Linienvor-

schlag höhere Geschwindigkeiten zum Hauptbahnhof Mannheim zulässt. Der Zeitgewinn der Bypasslösung würde indes maximal bei nur vier Minuten liegen. Im Rahmen des deutschen und europäischen Hochgeschwindigkeitsnetzes sei jedoch sofort einsehbar, dass ein Zeitgewinn in dieser Größenordnung sensible Eingriffe in Landschaften oder hohe Investitionen in einen mehrere Kilometer langen Ingenieurbau von über einer Milliarde Euro als Bypass nicht rechtfertige.

„Die Beschlusslage des Deutschen Bundestages, des Landtages Baden-Württemberg und des Regierungspräsidiums Karlsruhe gegenüber dem Bypass ist eindeutig. Die Deutsche Bahn ist nun eingeladen, einer sinnvollen Streckenführung als Querung durch den Käfertaler und den Lampertheimer Wald im Sinne einer Tunnellösung (Ebene -1) oder Überdeckungslösung (Ebene -0,5) zu suchen“, so Lothar Marks abschließende Aufforderung.



Hintergrund: Die Mark-Variante

Die von Lothar Mark und dem Raumordnungsverband entwickelte Alternative zu den Varianten A und B, die sog. Mark-Variante oder Variante C, sieht vor, dass die Trassenführung im Bereich Lorsch, ungefähr auf Höhe der Rastanlage Lorsch an der A67 abzweigt und diagonal durch das hessische Ried geführt werden soll. Sie mündet im Bereich des Bahnhofs Mannheim-Waldhof in die bestehende Riedbahn. Diese Variante ist ca. 2,5 km kürzer als der Vorschlag der Bahn AG (Variante A) und kann von den Zügen mit einer höheren Geschwindigkeit befahren werden. Dies bedeutet einen Flächengewinn von ca. 13,5 ha und eine Reisezeitersparnis von ein bis zwei Minuten. Zudem

durchschneidet die Mark-Variante keine Trinkwasserschutzgebiete und auch nicht das US-Truppenübungs Gelände. Nötig zur Umsetzung des Konzeptes sind:

- Die Neubaustrecke FRA-MA als Lückenschluss mit exklusiver Führung über den Hauptbahnhof
- Die Ertüchtigung der Gleise im Mannheimer Hbf
- Der viergleisige Ausbau der westl. Riedbahnführung zwischen Mannheim-Luzenberg und Waldhof
- Ökonomische und ökologische Trassenoptimierung im hessischen Ried
- Eine Verbindungskurve auf der östl. Riedbahn als Option für die Zukunft

Thema „ICE“ zu wichtig für Parteipolitik

Lothar Mark bedauert, dass der CDU-Landtagsabgeordnete Klaus Dieter Reichardt der Strategie Hartmut Mehdorns und der Deutschen Bahn AG, einen Keil in die Vertreter der Metropolregion zu treiben, auf den Leim gegangen ist.

„Das Thema ICE-Bypass ist für Mannheim viel zu wichtig, um es parteipolitisch auszuschlachten. Mit ihren immer neuen Vorstößen versucht die Deutsche Bahn nämlich vor allem eines zu erreichen: Die Front der Bypass-Gegner aufzubrechen. Genau das gelingt nun

offenbar, wenn einige versuchen, das Thema für den OB-Wahlkampf zu instrumentalisieren“, so Lothar Mark.

Besonders auffällig an der Breitseite des Herrn Reichardt ist, dass er versucht, Gerhard Schröder anzugreifen, obwohl dieser bekanntlich längst nicht mehr Bundeskanzler ist. Da mittlerweile die Parteivorsitzende der CDU Regierungschefin ist, fragt man sich, warum der Landtagsabgeordnete sich nicht direkt an seine Vorsitzende wendet und Unterstützung für Mannheim einwirbt, statt

Verbalattacken zu reiten.

Lothar Mark: „Ich habe meine Hausaufgaben gemacht und mich bei der Bundesregierung und im Deutschen Bundestag für Mannheim stark gemacht. Vom Kollegen Reichardt erwarte ich, dass er gleiches Engagement gegenüber der Landesregierung und der Bundeskanzlerin aufbringt. Mit populistischen Attacken, die Schützenhilfe für den CDU-OB-Kandidaten sein sollen, ist jedenfalls keinem gedient.“

„Ich habe meine Hausaufgaben gemacht und mich bei der Bundesregierung und im Deutschen Bundestag für Mannheim stark gemacht.“

Nein zur Variante B!

Der neueste Vorstoß der Deutschen Bahn AG, mit der Metropolregion eine ähnliche Einigung wie mit Darmstadt erreichen zu wollen, stößt auf Ablehnung und heftige Kritik des Bundestagsabgeordneten Lothar Mark.

Lothar Mark: „Die Anbindung an den Mannheimer Bahnhof kostet den ICE - bei optimaler Streckenführung gemäß Variante C (Mark/ROV-Vorschlag) - lediglich vier Minuten. Es ist vollkommen unverantwortlich eine ganze Region, noch dazu eine so dicht bewohnte und wirtschaftlich attraktive wie die Metropolregion, wegen vier Minuten teilweise vom Hochgeschwindigkeitsnetz abzuhängen. Das ist und bleibt volkswirtschaftlicher Unsinn. Aber auch betriebswirtschaftlich gesehen ist das Unterfangen sehr fragwürdig: Für die vier Minuten Zeiterparnis, die der Bypass bringen kann, müssten ca. 1,5 Milliarden Euro investiert werden. Hinzu kommen die Eingriffe in die Natur, die der mehrere Kilometer lange Ingenieurbau unweigerlich mit sich bringt. Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat ja bekanntlich deshalb den Bypass abgelehnt.“

Die Zuversicht der Bahn, das

Gesetz über den Ausbau des Schienennetzes und die darin enthaltene Festlegung der Streckenführung über den Mannheimer Hauptbahnhof im Vorübergehen beseitigen zu können, ist unbegründet und zeugt zudem von mangelndem Fingerspitzengefühl in politischen Angelegenheiten.

Mark: „Es ist zwar richtig, dass der Deutsche Bundestag das Gesetz ändern könnte, allerdings sehe ich dafür weit und breit keine Mehrheit. Die Abgeordneten lassen sich von der Bahn nicht an der Nase herumführen. Es wäre eine Bankrotterklärung für das Parlament, wenn die Entscheidung ins Gegenteil verkehrt würde, nur weil es der Bahn gerade Recht ist. Auch der Landtag des Landes Baden-Württemberg hat sich eindeutig gegen den Bypass ausgesprochen, so dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Pläne der Bahn gar nicht gegeben sind.“

Während Darmstadt nur 25 Kilometer vom ICE-Bahnhof Frankfurt entfernt liegt, ist Mannheim ein zentraler Umsteigebahnhof, in dem sich Fernverkehrsverbindungen aus allen Himmelsrichtungen treffen. Der größte Teil aller Züge aus

dem Ruhrgebiet, Hamburg, Berlin und auch Paris nach Süd- und Südostdeutschland läuft im Mannheimer Bahnhof zusammen. „Daher ist die Situation in Mannheim nicht mit der in Darmstadt zu vergleichen. Es ist völlig unverständlich, dass die Bahn mit Darmstadt und Frankfurt zwei ICE-Bahnhöfe in direkter Nachbarschaft beibehält, den zentralen Umsteigebahnhof für Verbindungen in den Süden aber abhängen will“, so Lothar Mark. Ebenso unvergleichbar sei die Situation in Freiburg, da die Stadt, anders als Mannheim, großes Interesse an einer ICE-Umfahrung habe. Zudem sei Freiburg kein ICE-Knoten.

Lothar Mark: „Die Bahn soll ihr Geschacher endlich aufgeben und akzeptieren, dass sie nicht gegen die Region entscheiden kann. Wir wollen den Bypass nicht. Dabei bleibt es, ganz egal welche Tricks oder faulen Kompromisse noch versucht werden! Die Argumentation bzgl. der Güterzüge durch den Hauptbahnhof Mannheim zieht ebenfalls nicht, weil diese über die zu ertüchtigende, lärmgehemmte und mit Lärmschutzmaßnahmen versehene Riedbahn-Ost geführt werden können.“



Weitere Informationen zum Thema „Mannheim und der ICE“ sowie eine Dokumentation der relevanten Presseartikel finden Sie auf der Internetseite von Lothar Mark unter www.lothar-mark.de unter dem Stichpunkt „Presse“.



Italiens Konsularagentur bleibt in Mannheim



In einem Telefonat mit dem italienischen Botschafter in Deutschland sprach der Mannheimer Bundestagsabgeordnete Lothar Mark, der zugleich Berichterstatter für Italien im Auswärtigen Ausschuss ist, das Thema der diskutierten Schließung von Konsulaten des Landes in Deutschland an und gibt Entwarnung: „Für eine Schließung der italienischen Konsularagentur in Mannheim sind keine konkreten Pläne im Gespräch. Die italienische Repu-

blik unterhält in der Bundesrepublik elf Konsulate. Eine Entscheidung über etwaige Schließungen ist offen und es gibt hier ebenfalls keine konkreten Überlegungen“.

Mark äußerte jedoch grundsätzlich Verständnis für die Situation des italienischen Staates. „Italien übernimmt international immer mehr Verpflichtungen bei mehr oder weniger gleich bleibendem Personalstand. Aus diesem Grund bestehen zwangsläufig Überlegungen

über Verlagerungen oder Schließungen“, so Lothar Mark. „Das deutsche Auswärtige Amt sieht sich einer ähnlichen Situation gegenüber und muss bei der Personalplanung ebenfalls in dieser Richtung verfahren, denn die finanzielle und personelle Ausstattung für ausländische Vertretungen nimmt trotz steigender internationaler Verantwortung nicht zu.“

Lothar Mark wird mit dem italienischen Botschafter weiterhin im Meinungsaustausch bleiben.

Effizienz der Verwaltung wichtiger als Dezernentenzahl

Der Bundestagsabgeordnete und frühere Kultur-, Schul- und Sportbürgermeister der Stadt Mannheim, Lothar Mark, lehnt die Forderung der Mannheimer Liste nach einer Reduzierung der Dezernate ab: „Es ist durchaus sinnvoll, bei der Zahl von fünf Dezernaten für Mannheim zu bleiben, allerdings müssen die verschiedenen Fachbereiche und städtischen Eigenbetriebe anders, d. h. sinnvoller, zugeordnet werden.“

Für Lothar Mark ist nicht die Zahl der Dezernenten, sondern die Effizienz und Bürgernähe der Verwaltung der entscheidende Punkt. Dazu müssten die

Mitarbeiter der Verwaltung mehr Verantwortung übertragen bekommen, einige Schnittstellen gestrichen, andere gestärkt werden. Ziel müsse es sein, die Verwaltungswege innerhalb der Behörde deutlich kürzer zu gestalten und dadurch zu einer effizienteren Entscheidungsstruktur zu gelangen.

Lothar Mark: „Nicht jede Entscheidung sollte mit einem Aktendeckel versehen auf ihren Weg durch die Verwaltung geschickt werden, nur um an anderer Stelle genehmigt zu werden. Diese Prozesse müssen schneller werden, zum Beispiel durch mehr Verantwortung für

die einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.“

„Entscheidend für die Bürgernähe und damit die Akzeptanz in der Bevölkerung, ist die Effizienz der Verwaltung“, so Lothar Mark.

Mark erklärt weiter: „Die Verantwortung für Politik und Verwaltung ist im Sinne der Dienstleistung für die Bürger der Stadt - und auch immer mehr für die regionalen Aufgabenstellungen - durch fünf Dezernate besser zu gewährleisten. Einsparungsvorschläge müssen intelligent und nachvollziehbar sein, Hüftschüsse sind nur schädlich.“

„Entscheidend für die Bürgernähe und damit die Akzeptanz in der Bevölkerung, ist die Effizienz der Verwaltung“

Lothar Mark zur geplanten Schließung der Philosophischen Fakultät der Uni Mannheim



Mannheim – künftig keine Universitätsstadt mehr?

„Der vorgelegte Studienführer 2007 mit dem größten deutschen Hochschulranking von ZEIT und CHE (Centrum für Hochschulentwicklung) belegt, dass ich richtig liege mit meinem jahrelangen Einsatz für den Erhalt pluralistischer Fakultäten an der Universität Mannheim, jüngst insbesondere für die Technische Informatik und die Philosophische Fakultät. Trotz des drohenden Damoklesschwertes der Schließung, verstärkt im letzten halben Jahr, haben die Fächer Anglistik, Germanistik und Geschichte hervorragend abgeschnitten, womit die Behauptung des Rek-

torats, diese Fächer genossen zu wenig bundesweite Wahrnehmung und müssten deshalb reduziert werden, eindeutig widerlegt ist. Ich fordere deshalb erneut die sofortige Aufhebung der bisher blockierten Professuren und die Rücknahme der Schließungspläne, ja sogar eine Erweiterung des Angebots, um den alten Status der Universität wieder zu erreichen. Mannheim gehört im Hochschulranking zur nationalen Spitzengruppe. Es ist nicht nachvollziehbar und auch in der Bundesrepublik nicht vermittelbar, dass der eigene Rektor trotz hervorragender Ranking-

Ergebnisse seine Universität immer weiter demontiert“, so Mark.

Den Brief von Lothar Mark an den Rektor der Universität Mannheim, Herrn Prof. Dr. Hans-Wolfgang Arndt, bezüglich der geplanten Reduzierung der Fakultäten an der Universität Mannheim können Sie in voller Länge unter www.lothar-mark.de, Rubrik Pressemitteilungen (Datum: 09.05.2007) nachlesen.

Stadt Hasankeyf muss erhalten bleiben!

Der Bundestagsabgeordnete Lothar Mark engagiert sich für den Erhalt der historischen mesopotamischen Stadt Hasankeyf, die im Rahmen des Ilisu-Staudammprojektes von der Überflutung bedroht ist und beobachtet die Pläne, die unter Denkmalschutz stehende Stadt in der Türkei der Errichtung eines Staudammes zu opfern, mit großer Sorge.

„Die Aufstauung des Tigris für den seit langer Zeit in der Planung befindlichen Bau des hydroelektrischen Staudammes in dieser Region hätte nicht nur die Zwangsumsiedlung von mehr als 50.000 Menschen zur Folge, sondern bedeutet in seiner jetzigen Form auch die Zerstörung von über 10.000 Jahre alten wertvollen archäologischen Stätten und einer einzigartigen Naturkulisse“, so

Lothar Mark.

Mark ist durch seine Funktion als Mitglied des Haushaltsausschusses wie auch als Berichterstatter im Auswärtigen Ausschuss und als Historiker dem kultur- und bildungspolitischen Bereich und der Archäologie eng verbunden und setzt sich seit vielen Jahren für den Erhalt und die Finanzierung von Kulturgütern und -denkmälern ein. Einen möglichen Wiederaufbau der wertvollen historischen Monumente aus Hasankeyf an anderer Stelle hält er für nicht realisierbar. „Jedes Bauwerk steht mit seiner Umgebung in unmittelbarem und wesentlichem Zusammenhang. Eine Wiedererrichtung ist nicht nur unter archäologischen und historischen Gesichtspunkten höchst fragwürdig, denn sie verhindert letztlich nicht die

Vernichtung wertvoller und einzigartiger kulturhistorischer Schätze“, so Lothar Mark.

Stattdessen appelliert der Abgeordnete an alle Verantwortlichen, den Ort des Bauvorhabens dringend zu überdenken. „Letztlich sind nicht die Exportkreditgarantien für die Errichtung des Staudammes das Problem, sondern der seit vielen Jahren geplante Verlauf des Projektes in dieser Region. Es wäre gut, wenn die Beteiligten sich ihrer Verantwortung für das einzigartige Kulturerbe ihres Landes bewusst wären und sich dafür einsetzen würden, dass das Ilisu-Staudammprojekt nicht zum Schaden eines archäologisch und kulturell so bedeutsamen Ortes wie der Stadt Hasankeyf und ihrer Bewohner realisiert wird.“

*„Es wäre gut,
wenn die
Beteiligten sich
ihrer
Verantwortung für
das einzigartige
Kulturerbe ihres
Landes bewusst
wären.“*

Entscheidung für Verfassungsgebende Versammlung in Ecuador

In einem landesweiten Referendum haben die Wahlberechtigten in Ecuador mit einer deutlichen Mehrheit für die Einsetzung einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung abgestimmt.

Der Mannheimer Bundestagsabgeordnete und Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion für Lateinamerika, Lothar Mark, bewertet das Ergebnis durchaus positiv: „Die Entscheidung zur Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung ist ein wichtiger Schritt zur notwendigen Reform des politischen Systems hin zu einer besseren Machtverteilung und mehr Inklusivität, um die politische Instabilität der letzten Jahre zu beenden.“

Laut einer ersten Hochrechnung stimmten 78,1 Prozent

der 9,2 Millionen Wahlberechtigten bei einer Wahlbeteiligung von 60 Prozent für das Vorhaben des Präsidenten Rafael Correa, der damit eines seiner Wahlversprechen einlöste. 11,5 Prozent der Wähler stimmten gegen das Reformprojekt, 10,5 Prozent votierten ungültig oder gaben leere Stimmzettel ab. Ein offizielles Endergebnis wird erst gegen Ende der Woche erwartet.

„Angesichts der Auseinandersetzungen der letzten Wochen ist eine konstruktive und verantwortungsbewusste Haltung aller Mitwirkenden und die Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen an dem weiteren Prozess sehr wichtig“, so Lothar Mark, „denn für den Erfolg dieses Verfassungsprojektes ist die Bildung eines einenden Grundkonsenses unerlässlich,

damit die Reformbegeisterung auch wirkliche Änderungen herbeiführt und nicht nur Einzelinteressen berücksichtigt werden.“

„Die Stärkung des demokratischen Systems und der politischen Institutionen des Landes braucht zudem die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, die hier ebenfalls in der Verantwortung steht, die Entwicklungen positiv zu begleiten und zu fördern“, so Mark weiter.

Sollte sich das Ja bestätigen, finden aller Voraussicht im Herbst die Wahlen für die 130 Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung statt. Über die neue Verfassung wird dann in einem weiteren Referendum im Jahr 2008 entschieden werden.



Ecuadors Lage in Südamerika

Fünf Euro pro Handy für den Umweltschutz



Für jedes zugeschickte Althandy erhält die Deutsche Umwelthilfe (DUH) 5,- Euro vom Mobilfunkbetreiber T-Mobile. Mit diesem Geld werden Fluss- und Waldschutzprojekte in Deutschland finanziert. Versandtaschen für Handys sind kostenfrei in jedem T-Punkt und bei der DUH erhältlich.

In deutschen Haushalten befinden sich schätzungsweise 40 Millionen alte oder defekte Mo-

biltelefone, die giftige Substanzen wie Quecksilber, Arsen oder Blei beinhalten. Die Entsorgung dieser Handys über den Hausmüll kann die Giftstoffe im Verlauf des Entsorgungsprozesses freisetzen. Nur ein fachgerechtes Recycling garantiert, dass die enthaltenen Schadstoffe nicht in die Umwelt gelangen und wertvolle Rohstoffe zurückgewonnen werden können.

Lothar Mark: „Diese Aktion leis-

tet einen zweifachen Beitrag zum Umweltschutz: Zum einen wird durch das fachgerechte Recycling der Altgeräte verhindert, dass Schadstoffe in die Umwelt gelangen. Zum anderen gehen 5,- Euro pro Handy direkt in den Umweltschutz.“

Weitere Informationen gibt es auf der Homepage der Deutschen Umwelthilfe unter www.duh.de.

Telekom-Standort Mannheim sichern



Lothar Mark hat sich gegenüber dem Bundesfinanzministerium mit folgendem Brief an Staatssekretär Dr. Mirow für den Telekom-Standort Mannheim eingesetzt:

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Dr. Mirow,

ich wende mich an Sie als Ansprechpartner im Aufsichtsrat der Deutschen Telekom AG mit der Bitte um Unterstützung beim Erhalt zahlreicher Arbeitsplätze am Standort Mannheim.

Von Seiten des Betriebsrates im dortigen Kundenservicebereich von T-Mobile wurde ich darüber informiert, dass der gesamte Bereich zum 01.07.2007 in eine noch zu gründende Firma ausgegliedert wird. Insgesamt umfasst der Bereich Kundenservice 3000 Beschäftigte, Mannheim stellt mit 450 Mitarbeitern den zweitgrößten Standort in Deutschland dar. Die Auslagerung steht dem im vergangenen Sommer abgeschlossenen Tarifvertrag entgegen. Dieser hatte zum Ziel, die Arbeitsplätze am Standort Mannheim

zu sichern und eine Auslagerung von eben diesen 3000 betroffenen Stellen zu verhindern.

Wie üblich ging dieser Tarifvertrag mit einer Verschlechterung der Rahmenbedingungen (z. B. der Halbierung der Bildschirmzeiten) und mit Gehaltseinbußen einher. Diese hatten 40 % weniger Jahresgehalt für Neueinstellungen und eine variable Zahlungskomponente zwischen 20 und 30 % für alle Mitarbeiter zur Folge. Dennoch stellte die Gewerkschaft die Sicherung von Arbeitsplätzen und Standorten in den Vordergrund und ließ sich auf den Tarifvertrag ein – mit der Zusage einer Standortsicherung sowie eines Ausschlusses betriebsbedingter Kündigungen bis Mai 2009.

Nur sieben Monate später gilt diese Zusage für die Unternehmensleitung nicht mehr. Der Betriebsrat befürchtet nun – und ich teile diese Sorge –, dass sich die Tarifbedingungen in der neuen Firma nicht bessern werden, sondern dass vielmehr die Auslagerung weite-

rer Konzernteile mit insgesamt ca. 25000 Beschäftigten folgen wird. In der Konsequenz sehe ich daher den Standort Mannheim gefährdet: es ist zu erwarten, dass sich auch in dem neuen Unternehmen die Frage der Standortreduzierung stellen wird. In der Konkurrenz mit dem relativ neuen und direkt benachbarten Standort Ludwigs-hafen befürchte ich, dass Mannheim und damit die 450 Mitarbeiter des zweitgrößten Kundenservicestandorts das Nachsehen haben werden.

Bislang hat die Unternehmensleitung keine diesbezüglichen Verlautbarungen gemacht, aber wir alle kennen die Verfahrensweise großer Konzerne. Ich bitte Sie daher herzlich und nachdrücklich, in Ihrer Funktion als Mitglied des Aufsichtsrates keine Möglichkeit unversucht zu lassen, die Beschäftigung zahlreicher Mitarbeiter von T-Mobile und den Standort Mannheim mittel- und langfristig zu sichern.

Mit freundlichen Grüßen
Lothar Mark

Stellenabbau ziviler Dienstposten der Bundeswehr in Mannheim

Die bisher 300 zivilen Stellen beim Bundeswehr-Standort Mannheim sollen gemäß den Plänen des BMVg auf 251 „sichere Stellen“ reduziert werden.

Das Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) hat in diesen Tagen seine Zielplanung für das Jahr 2010 bekannt gegeben. Im Rahmen dieser Zielplanung wird der Abbau ziviler Dienstposten bei der Bundeswehr verfolgt, von denen auch der Standort Mannheim betroffen ist.

Die bisher 300 zivilen Stellen beim Bundeswehr-Standort

Mannheim sollen gemäß den Plänen des BMVg auf 251 „sichere Stellen“ reduziert werden. Zwei weitere Stellen werden bis 2008 den „sicheren Stellen“ noch zugeordnet.

Lothar Mark: „Ich bedaure den Abbau ziviler Posten bei der Bundeswehr in Mannheim sehr. Die Betroffenen werden wie auch in anderen Berufssparten räumliche Veränderungen in

Kauf nehmen müssen. Das BMVg wird aber dafür sorgen, dass mit den von der Umstrukturierung Betroffenen baldmöglichst anderweitige Verwendungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten besprochen werden und für den Fall der beruflichen Neuorientierung außerhalb der Bundeswehr bestmögliche Hilfestellung gegeben wird.“



Lothar Mark, MdB
Wahlkreisbüro
H2, 4
68159 Mannheim

Telefon: 0621-2 60 50

Fax: 0621 - 15 47 49

E-Mail:

lothar.mark@wk.bundestag.de

Weitere Informationen im Internet:

www.lothar-mark.de

Noch kein Abonnent des Newsletters von Lothar Mark?

Dann schicken Sie einfach eine kurze Nachricht an
lothar.mark@wk.bundestag.de

Politischer Frühschoppen

mit

Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin,

*MdB, Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses,
Bundesministerin a. D.*

und

Lothar Mark, MdB

zum Thema

Mit Füßen getreten? Menschenrechte in einer globalisierten Welt

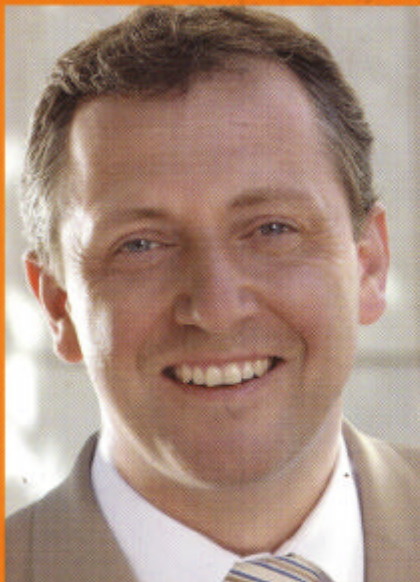
am

10. 06. 07, 11.00 Uhr

im

Restaurant Hellas, Vogelstang-Center, Freiburger Ring

(Hinweis: bitte Außentreppe nahe Maibaum nutzen)



**Am 17. Juni
Kurz wählen
gehen!**

Kurz und gut!

www.wir-fuer-peter-kurz.de